

An das
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 1
1010 Wien

Wien, am 21.11.2023

Stellungnahme zum Entwurf des Bundesgesetzes über die erneuerbare Wärmebereitstellung in neuen Baulichkeiten (Erneuerbare-Wärme-Gesetz – EWG)

Zu dem Entwurf eines Bundesgesetzes über die erneuerbare Wärmebereitstellung in neuen Baulichkeiten (Erneuerbare-Wärme-Gesetz – EWG) erlaubt sich das Zukunftsforum SHL folgende Stellungnahme abzugeben:

Präambel

Das Zukunftsforum SHL begrüßt den Gesetzesentwurf und das darin vorgesehene bundesweit einheitliche Verbot von fossilen Heizanlagen in neuen Baulichkeiten. Wir sind jedoch der Überzeugung, dass das Verbot von fossilen Heizanlagen im Neubau sowie die angekündigten Förderungen im Rahmen des Erneuerbare-Wärme-Pakets (EWP) nicht ausreichen werden, um die Wärmewende im Sinne des Klimaneutralitätsziels Österreichs bis 2040 umzusetzen. Es braucht eindeutig noch flankierende rechtliche Rahmenbedingungen, welche Endverbraucher:innen sowie Installateur:innen Rechtssicherheit garantieren, sowie einen Fokus auf die Erhöhung der Energieeffizienz in allen Baulichkeiten, wie im Nationalen Energie- und Klimaplan Österreichs (NEKP) ausformuliert.

Außerdem würden wir eine kontinuierliche Evaluierung des Bestands der im Vorblatt vorgeschlagenen punktuellen Evaluierung im Jahre 2027 vorziehen. Hinsichtlich der gegenwärtig rund 1,4 Millionen aktiven Öl- und Gasheizungen in Österreich ist es notwendig, ständig zu überprüfen, ob die hohen Förderungen für den Umtausch Wirkung zeigen und die Umtauschrate zu mit erneuerbaren Energien betriebenen Anlagen zur Wärmebereitstellung ausreicht, um die Wärmewende zu stemmen.

Zu §2 Z 13

Das Zukunftsforum SHL begrüßt, dass die qualitätsgesicherte Fernwärme an das Preisgesetz von 1992 gekoppelt werden soll und folglich nicht solchen Preisschwankungen wie in der Vergangenheit unterliegen wird. Laut der Regierungsvorlage soll die qualitätsgesicherte Fernwärme bis 2030 zu 60 %, von 2030 bis 2035 zu 80 % aus erneuerbaren Energien stammen. Das Zukunftsforum SHL fordert, die qualitätsgesicherte Fernwärme schnellstmöglich weitestgehend aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Dies wäre vor allem ein Entgegenkommen gegenüber den betroffenen Endverbraucher:innen, die momentan keinen Einfluss auf den Anteil an erneuerbaren Energien in ihrer Wärmezubereitung besitzen. Des Weiteren fordern wir, dass Fernwärme nur genutzt wird, bis eine zumutbare, effizientere und klimafreundlichere Alternative zur Verfügung steht, da beim Transport der Fernwärme hohe Energieverluste anfallen.

Generell zu §3

Wir begrüßen das Verbot von fossilen Heizanlagen in neuen Baulichkeiten. Unternehmen, die bereits in alternative Technologien investiert haben, stehen allerdings vor fehlenden Rahmenbedingungen und mangelnder industriepolitischer Sicherheit. Wir sind jedoch der Überzeugung, dass der im aktuellen Regierungsprogramm versprochene klare Rechtsrahmen für die Wärmewende sowie eine Gesamtstrategie für den Ausstieg aus fossiler Energie im Bestand erforderlich ist. Großzügige Förderungen sind ein wichtiger, aber kein ausreichender Anreiz für den Vollzug der Wärmewende.

Zu §3 Abs. 1

Sofern kein Umstieg auf erneuerbare Energien möglich ist, sollten im begründeten Ausnahmefall kurz- bis mittelfristige Hybridlösungen, welche die Gesamtenergieeffizienz erhöhen und CO₂-Emissionen verringern,

gefördert werden. Hierfür braucht es klare Richtwerte in Bezug auf Energieeffizienz und Verringerung der Emissionen. Sobald diesbezüglich ein Umstieg auf erneuerbare Energien möglich ist, sollte ebenso ein kompletter Verzicht auf fossile Brennstoffe in der Wärmebereitstellung verbindlich und förderbar sein.

Ein wesentlicher Kritikpunkt liegt in der ausbaufähigen Energieinfrastruktur Österreichs. Die Energieinfrastruktur in Österreich soll modernisiert und der Stromnetzausbau besser mit dem Ausbau von Anlagen zur Erzeugung und Speicherung von Strom und Energie aus erneuerbaren Quellen koordiniert werden. Diesbezüglich gibt es bereits den Entwurf des österreichischen Netzinfrastukturplans (ÖNIP), welcher jedoch in seiner jetzigen Fassung nicht dem NEKP entspricht und folglich überarbeitet werden muss. Schließlich fordern wir die Bundesregierung auf, das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) zeitnah zu verabschieden. Die steigende Nachfrage nach erneuerbaren Energien, insbesondere Photovoltaik, erfordert beschleunigte Genehmigungsverfahren.

Ergänzende Vorschläge:

Die Maßnahmen der Regierungsvorlage werden nicht ausreichen, um die Wärmewende zu realisieren. Laut dem Nationalen Energie- und Klimaplan Österreichs (NEKP) ist die Steigerung der Energieeffizienz eines der wichtigsten Instrumente, um die Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen. Auch die EU wies 2018 Mitgliedsstaaten mit der Richtlinie über Energieeffizienz 2018/2002/EU (EED II) an, eine Energieeffizienzverbesserung von 32,5 % bis 2030 zu erreichen, andernfalls drohen Strafzahlungen. Die Steigerung der Energieeffizienz in bestehenden Bauten und Neubauten sollte daher in der Regierungsvorlage verankert - oder zumindest erwähnt - werden.

Darüber hinaus soll in der Regierungsvorlage erwähnt werden, dass das Verbot von fossilen Anlagen zur Wärmebereitstellung in neuen Baulichkeiten nicht alleine ausreichend sein wird, um die Wärmewende zu schaffen. Vielmehr müssen rechtliche Rahmenbedingungen und Anreize für eine nachhaltige Wärmebereitstellung in bestehenden Baulichkeiten neben den Förderungen gesetzt werden. Auf die Notwendigkeit von flankierenden Reformen (bspw. im Miet- und Wohnrecht) sollte daher in der Regierungsvorlage verwiesen werden.

Über das Zukunftsforum SHL:

Das Zukunftsforum SHL ist ein Zusammenschluss von Österreichs Installateuren (vertreten durch die Bundesinnung und die neun Landesinnungen in der Wirtschaftskammer), der Österreichischen Vereinigung des Sanitär- und Heizungs Großhandels sowie den renommierten Unternehmen der Branche (alpha innotec, Austria Email, energy4rent, Danfoss, Grundfos, Herz, Resideo / Honeywell Home, IMI Hydronic, Judo, KSB, NOVELAN, Oventrop, Reflex Austria, THERMOCHEMA, Vogel & Noot, Wilo und Xylem).

Der Verein versteht sich als unabhängige Informationsplattform rund um das Thema Heizungsmodernisierung und repräsentiert einen Wirtschaftszweig mit rund 6,2 Mrd. Umsatzerlösen und rund 34.000 Beschäftigten.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Rotter
Obmann



Dr. Martin Hagleitner
Obmann-Stellvertreter